



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 10.07.2026 bis 17.07.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Christen werden im Fußball ausgegrenzt	3
Deutschland: Antisemitische Vorfälle in NRW erreichen neuen Höchststand	4
Deutschland: Stadtrat lehnt christliche Schule ab	5
Deutschland: „Ein Skandal – aber wir vergeben euch“	6
EU: Parlament verurteilt Massaker in christlichem Dorf Nigerias	7
Europäische Evangelische Allianz: Evangelikale sind keine Extremisten	8
Finnland: Päivi Räsänen - Einreise nach Großbritannien verweigert	9
Israel: Terrorist in Kofferraum entdeckt	10
Kamerun: Schulbildung unter schwierigen Bedingungen	11
Myanmar: Ein Dialog kann den Krieg beenden	12
Nicaragua: Behörden nehmen betagten Bischof fest	14
Nigeria: Fulani-Extremisten töten 25 Christen	15
Nigeria: Fulani-Milizen verantwortlich für Großteil der Todesfälle	17
Oberägypten: Muslime greifen Kirche in einem Dorf an	18
Pakistan: Behörden - Die meisten Blasphemiefälle sind „erfunden“	19
Pakistan: Drei Jahre nach Pogrom - Kranfahrer verurteilt	21
Pakistan: Freisprüche in Christenmordprozeß	22
Türkei: Türkischer Pastor wird Bischof der „Communio Messianica“	24
Ukraine: Die Situation in Kiew verschärft sich zunehmend	25

Ägypten: Christen werden im Fußball ausgegrenzt

CSI: In 50 Jahren spielten nur sechs Kopten in den wichtigsten Clubs

München/Kairo (IDEA) – In Ägypten werden Christen im Fußball stark benachteiligt. Darauf hat die christliche Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity International“ (CSI/München) anlässlich der Fußballweltmeisterschaft aufmerksam gemacht. Die ägyptische Nationalmannschaft war im Achtelfinale an Argentinien gescheitert. Laut CSI machen koptische Christen rund zehn Prozent der rund 120 Millionen Einwohner aus, aber in der Nationalmannschaft spielen kein einziger Christ. Selbst in den ägyptischen Clubmannschaften gebe es nur einen koptischen Kicker. Christliche Fußballer würden systematisch aus den Kadern ausgeschlossen. So habe der El Minya Sports Club einen Spieler aufgefordert, zum Islam überzutreten, bevor er spielen dürfe. Die Menschenrechtsorganisation „Coptic Solidarity“ hat laut CSI allein 25 verschiedene Fälle aufgelistet, in denen christliche Fußballer wegen ihres Glaubens diskriminiert wurden. In den letzten 50 Jahren hätten es nur sechs koptische Fußballer geschafft, in einem der wichtigsten Clubs mitzuspielen. CSI-Geschäftsführer ist Pfarrer Peter Fuchs. Die Organisation ist in 16 Ländern tätig und befasst sich unter anderem mit dem Thema Christenverfolgung.

Deutschland: Antisemitische Vorfälle in NRW erreichen neuen Höchststand

Die Zahl antisemitischer Straftaten und Vorfälle in Nordrhein-Westfalen ist 2025 deutlich gestiegen. Das geht aus dem Jahresbericht der Antisemitismusbeauftragten des Landes hervor.

Demnach wurden im Jahr 2025 in Nordrhein-Westfalen 786 antisemitische Straftaten registriert – knapp 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Zudem dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) 1.102 antisemitische Vorfälle und damit einen neuen Höchststand. Das geht aus dem Jahresbericht der Antisemitismusbeauftragten des Landes, Sylvia Löhrmann, hervor.

Auch an den Hochschulen bleibe die Lage angespannt, heißt es. Die Zentrale Beratungsstelle für Antisemitismus an Hochschulen erfasste 85 Vorfälle – nach 79 im Jahr 2024 und 25 im Jahr 2023. Löhrmann erklärte: „Die erneut gestiegenen Zahlen antisemitischer Straftaten und Vorfälle in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen erfüllen mich mit großer Sorge.“ Judenhass sei ein Angriff auf Jüdinnen und Juden sowie auf die Grundwerte der Demokratie.

Die Beauftragte fordert deshalb eine dauerhafte Verankerung von Präventions- und Bildungsangeboten. Lehrkräfte sollten stärker für das Thema sensibilisiert werden, zugleich müssten Beratungsangebote, Netzwerke gegen [Antisemitismus](#) und die digitale Präventionsarbeit ausgebaut werden. „Gerade der digitale Raum darf kein Raum der Straflosigkeit sein“, betonte Löhrmann.

>>> [Jahresbericht](#) der Antisemitismusbeauftragten in NRW

Quelle: [jesus.de](#)

Deutschland: Stadtrat lehnt christliche Schule ab

Halle/Westfalen: Die Abstimmung fiel mit 21 zu 19 Stimmen knapp aus

Bielefeld/Halle (IDEA) – Der Stadtrat von Halle/Westfalen hat gegen den Bau einer christlichen Realschule in der Stadt entschieden. Bei der Abstimmung am 15. Juli votierten 21 Ratsmitglieder dagegen und 19 Ratsmitglieder dafür. Das berichtete der Geschäftsführer der Georg-Müller-Schulen, Michael Pieper (Bielefeld), der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Der Trägerverein der evangelikalen Schulen wollte in Halle eine Werkrealschule mit handwerklichem Schwerpunkt errichten. Sie sollte Platz für 312 Schüler bieten. Die Zustimmung des Stadtrates war nötig, weil die Schule auf einem Grundstück gebaut werden sollte, das zurzeit der Stadt gehört. Im Vorfeld hatte der Trägerverein Bürgermeister Thomas Tappe (CDU) eine Petition mit 1.800 Unterschriften übergeben, in der eine Zustimmung des Stadtrates gefordert wurde. Gegen das Projekt hatten sich unter anderem die Schulleiter von zwei weiterführenden Schulen in Halle ausgesprochen. Zur Begründung erklärten sie, wegen rückläufiger Schülerzahlen sei bereits jetzt die Existenz der bestehenden Schulen gefährdet. Der Versuch des Trägervereins, in Halle eine christliche Schule zu errichten, war bereits 2018 am Widerstand aus Kommunalpolitik und Verwaltung [gescheitert](#). Der Trägerverein der Georg-Müller-Schulen betreibt derzeit ein Gymnasium und eine Gesamtschule in Bielefeld sowie Grundschulen in Bielefeld, Steinhagen und Senne, an denen insgesamt 2.375 Kinder und Jugendliche unterrichtet werden.

Deutschland: „Ein Skandal – aber wir vergeben euch“

Zeal Church: Die Gemeinde reagiert auf Bekennerschreiben nach 27. Anschlag

Leipzig (IDEA) – Nach der Schließung des von der Zeal Church betriebenen Cafés „Stay“ im Leipziger Stadtteil Reudnitz hat sich die Freikirche in einer Erklärung an die mutmaßlichen Täter, die Stadt und die Öffentlichkeit gewandt. Anlass ist ein am 9. Juli auf der linksextremistischen Plattform „Indymedia“ veröffentlichtes Schreiben. In diesem bekennen sich autonome Aktivisten zu dem inzwischen [27. Angriff](#) auf das Café am 5. Juli: „Eine Woche nach dem Jahrestag der Stonewall Riots (Stonewall Unruhen) haben wir dem queerfeindlichen Café Stay einen Besuch abgestattet und schadenfrohe Abschiedsgrüße gesendet.“ Die Stonewall-Unruhen ereigneten sich im Jahr 1969 in New York. Damals wehrten sich Besucher nach einer Polizeirazzia in der Schwulenbar „Stonewall Inn“ gegen Polizeigewalt und Diskriminierung. Das Ereignis gilt als wichtiger Ausgangspunkt der weltweiten LGBTQ-Bewegung. Die Verfasser des Bekennerschreibens äußerten ihre Freude über die Schließung des Cafés. Es sei in den vergangenen drei Jahren „unermüdlich“ angegriffen worden. Die Schließung bezeichneten sie als „klaren Gewinn für die autonomen Queers und Allies in Leipzig“. Die Zeal Church nannten sie eine „fundamentalistische Freikirche“, die weiterhin versuchen werde, „menschenfeindliche Ideologien“ in Leipzig zu verbreiten. Deshalb solle man „weiterhin wachsam“ bleiben. Zu dem Beitrag wurden Fotos veröffentlicht, auf denen verummte Personen mit Fackeln vor dem Café stehen.

Zeal Church: „Wir bleiben“

Die Zeal Church reagierte auf das Bekennerschreiben am 15. Juli mit einer Stellungnahme unter der Überschrift „Wir bleiben. Auch ohne Café, auch ohne Angst vor euch“. Für die Freikirche bestehe „der Skandal“ darin, dass die Täter sich öffentlich zeigten, weil sie wüssten, „dass euch nichts geschieht“. Sie betonte, sich trotz der Angriffe nicht einschüchtern zu lassen: „Ihr könnt Fenster zerschlagen, ihr könnt uns die Miete unbezahlbar machen, ihr könnt uns aus einem Gebäude vertreiben. Einen Glauben könnt ihr nicht zerschlagen. Eine Gemeinde könnt ihr nicht schließen.“ Man werde sich weiterhin sonntags zum Gottesdienst versammeln. An die Täter gewandt, heißt es: „Wir vergeben euch. Nicht, weil es leicht wäre, sondern weil es das Einzige ist, was uns von euch unterscheidet.“ Ferner schreibt die Freikirche: „Wenn einer von euch je reden statt zerstören will, war unsere Tür offen und wird es auch immer sein.“

„Ihr wart einmal die Stadt des Mutes“

Deutliche Kritik übt die Zeal Church am Umgang der Stadt Leipzig mit den Angriffen. Zwar habe Oberbürgermeister Burkhard Jung die Übergriffe – wenn auch spät – verurteilt und ein Gespräch mit der Kirche geführt. Das Ordnungsdezernat unter Bürgermeister Heiko Rosenthal habe den Fall jedoch vor allem als „wirtschaftliches Problem“ behandelt und bis heute nicht den direkten Kontakt gesucht. Auf die Friedliche Revolution im Jahr 1989 anspielend, heißt es: „Ihr wart einmal die Stadt des Mutes. (...) Und heute, an der Dresdner Straße, jagt man Menschen weg, und die Stadt schaut zu. Was ist eine Toleranz wert, die schweigt, sobald die Falschen die Opfer sind?“ In der Stellungnahme fordert die Freikirche von der Stadt Leipzig unter anderem ein kommunales Sicherheitskonzept für die Standorte des Cafés Stay und ihres Kirchengebäudes sowie eine koordinierte Neubewertung aller 27 Angriffe durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Zudem verlangen die Verfasser der Stellungnahme ein persönliches Gespräch mit Ordnungsbürgermeister Rosenthal und einen wirksamen Schutz für alle bedrohten religiösen Orte in Leipzig, „ohne Ansehen des Glaubens“. Die Freikirche wolle mit ihrer öffentlichen Kritik weder „die vielen anständigen Menschen“ in der Stadt noch eine konkrete Partei angreifen, sondern zwei Dinge benennen: „Linksextremisten, die sich zu ihren Taten bekennen. Und ein Amt, das seiner Pflicht nicht nachkommt.“ Die Zeal Church gehört zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP). Ihr Pastor ist René Wagner.

EU: Parlament verurteilt Massaker in christlichem Dorf Nigerias

ADF International lobt eine fast einstimmig verabschiedete Resolution

Brüssel (IDEA) – Das Europäische Parlament hat ein Massaker auf ein von Christen bewohntes Dorf in Nigeria „aufs Schärfste“ verurteilt. Ende Juni hatten mutmaßlich muslimische Fulani-Kämpfer den Ort Kawel im zentral gelegenen Bundesstaat Plateau angegriffen. Dabei wurden laut Hilfsorganisationen 22 Menschen getötet. In einer am 9. Juli mit 510 Stimmen verabschiedeten Resolution (eine Gegenstimme) wurde auch jegliche Gewalt gegen Zivilisten in der gesamten Mittelgürtelregion Nigerias verurteilt. So gebe es einen „alarmierenden Anstieg“ von Entführungen. Das Europäische Parlament forderte die nigerianischen Behörden auf, „eine gründliche, transparente und unabhängige Untersuchung des Massakers von Kawel durchzuführen, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen“. Die Regierung solle ferner die Terrorismusbekämpfung gegen bewaffnete Militante, insbesondere in der Mittelgürtelregion, und die Bemühungen zur Bekämpfung der Terrorgruppen Boko Haram und Islamischer Staat Provinz Westafrika verstärken. Als Ursachen der Gewalt nennt die Resolution „eine komplexe Kombination aus religiösen, ethnischen und interkommunalen Spannungen, Konflikten zwischen Bauern und Hirten, Land- und Wasserstreitigkeiten, organisierter Kriminalität, extremistischen Aktivitäten, Klimabelastungen und anhaltender Straflosigkeit“. Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International begrüßte die Resolution. Ihr Rechtsberater für globale Religionsfreiheit, Sean Nelson (Washington), erklärte, das Massaker von Kawel sei keine Einzeltragödie: „Es ist Teil eines verheerenden und gut dokumentierten Musters der Gewalt gegen Christen in Nigeria.“ ADF lobte das Europäische Parlament dafür, „dass es Nigeria weiterhin zur Rechenschaft zieht, um die Christen und religiösen Minderheiten zu schützen.“ Am verheerendsten sei die Christenverfolgung in der Mittelgürtelregion.

Europäische Evangelische Allianz: Evangelikale sind keine Extremisten

Der Dachverband distanziert sich vom „Christlichen Nationalismus“

Bad Blankenburg (IDEA) – Die Europäische Evangelische Allianz (EEA) hat sich gegen die Gleichsetzung von Evangelikalen mit einer rechtsradikalen politischen Gesinnung gewandt. In einer Grundsatzerklärung mit dem Titel „European Evangelicals in Public Life“ (Europäische Evangelikale im öffentlichen Leben) beklagt der Dachverband, dass der Begriff „evangelikal“ in der öffentlichen Debatte zunehmend mit rechter Politik in Verbindung gebracht werde. Zur Verwirrung trügen unter anderem die US-amerikanische Medienberichterstattung sowie die Verwendung von „evangelikal“ als politisches Etikett bei. Zudem werde ein ausgrenzender Nationalismus mitunter mit christlicher Identität verschmolzen. In manchen Kontexten würden Evangelikale gar als gefährliche Extremisten dargestellt. Solche Darstellungen verzerrten jedoch das tatsächliche Bild grundlegend, heißt es in der Erklärung.

In der Tradition der Reformation und der Erweckungsbewegungen

Evangelikale in Europa verstünden sich als Teil der 2.000-jährigen christlichen Tradition, deren spezifische Identität aus der Reformation und den evangelikalen Erweckungsbewegungen der folgenden Jahrhunderte hervorgegangen sei. Der Begriff leite sich vom „Evangelium“ – der Guten Nachricht – ab. Die Bewegung sei vielfältig, multiethnisch und weltweit vernetzt. Da alle Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen seien, setzten sich Evangelikale auch für sie ein – etwa für Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge ebenso wie für Arme, Gefangene, Ungeborene, Kinder, Behinderte, Sterbende, Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, religiöse Minderheiten sowie Menschen mit Suchterkrankungen oder in sozialer Isolation. Dabei gehe es nicht um eine „politische Ideologie“, sondern eine in sich schlüssige „Ethik der Menschenwürde“, heißt es in dem Papier. Der gesellschaftliche Beitrag der Evangelikalen in Europa gehe weit über das hinaus, was ihre zahlenmäßige Größe erwarten lasse: Sie speisten Hungrige, versorgten Kranke, beherbergten Obdachlose, unterstützten Kriegsoffer und setzten sich für die Achtung der Menschenrechte ein.

Strikt überparteilich

Als Dachverband nationaler Allianzen, Organisationen, Netzwerke und Kirchen sei die EEA „strikt überparteilich“. Einzelne Evangelikale wählten und engagierten sich in unterschiedlichen Parteien. Evangelikale verträten zwar Ansichten, die andere für inakzeptabel hielten. Doch solange sie nicht versuchten, diese Andersdenkenden aufzuzwingen, gehöre das zur Pluralität in der Demokratie. Die Geschichte habe die Evangelikalen in Europa gelehrt, welche Gefahren entstünden, wenn Kirche und Politik zu eng verflochten seien. Ihre Loyalität gelte im Zweifel immer Gott und keinem politischen Führer, keiner Partei und keiner Nation.

Gegen „Christlichen Nationalismus“

Deutliche Worte findet die Erklärung mit Blick auf den „Christlichen Nationalismus“. Die Liebe zur eigenen Nation sei zwar kostbar, solange sie nicht dazu führe, dass man andere hasse oder ihnen schade. Es sei auch gut, christliche Ideen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen – so wie auch andere ihre Überzeugungen einbrächten. Das Christentum habe die Entwicklung aller europäischen Nationen tiefgreifend und positiv geprägt. Die überwältigende Mehrheit der Evangelikalen in Europa lehne „Christlichen Nationalismus“ jedoch ab, wenn er mit der Vorherrschaft der Christen, Zwang, Intoleranz und Ausgrenzung einhergehe, das Christentum auf nur eine politische Ideologie festlege oder dem Prinzip „der Zweck heiligt die Mittel“ folge. „Es bereitet uns große Sorge, wenn das Christentum – einschließlich des Evangelikalismus – für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert wird.“ Noch schlimmer sei es, wenn der Glaube für nationalistische, fremdenfeindliche oder militaristische Ziele vereinnahmt werde. Die Bibel dürfe niemals dazu benutzt werden, Handlungen zu rechtfertigen, die dem Leben, Vorbild und der Lehre Jesu widersprächen. Die EEA wende sich gegen jede politische Bewegung, die absolute Loyalität einfordere, die demokratischen Kontrollmechanismen untergrabe, das Völkerrecht missachte oder Menschen – auch Migranten, Sträflinge oder Angehörige von feindlichen Nationen – nicht gleichwertig behandle. Die EEA mit Sitz im thüringischen Bad Blankenburg vertritt heute nach eigenen Angaben 20 bis 25 Millionen Evangelikale in Europa.

Quelle: idea Pressedienst 132/13. Juli 2026

Finnland: Päivi Räsänen - Einreise nach Großbritannien verweigert

Auch Bischof Juhana Pohjola erhält keine Reisegenehmigung

Helsinki/London (IDEA) – Die finnische Politikerin und frühere Innenministerin Päivi Räsänen darf nicht nach Großbritannien einreisen. Das bestätigte sie gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Demnach habe sie aufgrund mehrerer anstehender Termine in dem Land eine elektronische Reisegenehmigung (Electronic Travel Authorization/ETA) beantragt. Zuerst habe sie am 17. Juni eine Genehmigung erhalten. Am 3. Juli habe sie die Mitteilung bekommen, dass ihre Erlaubnis zurückgezogen worden sei. Im Antragsverfahren musste sie nach eigenen Angaben strafrechtliche Verurteilungen innerhalb der vergangenen zwölf Monate angeben. Tatsächlich hatte der Oberste Gerichtshof Finnlands Räsänen und den lutherischen Bischof Juhana Pohjola am 26. März mit einer knappen Mehrheit (3 zu 2) wegen „Hassrede“ zu Geldstrafen verurteilt. Grund war eine 2004 erschienene Kirchenbroschüre, in der Räsänen praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht als Sünde bezeichnete. Das Gericht stützte sein Urteil auf einzelne Sätze in der Broschüre, in denen Homosexualität als „Störung“ bezeichnet wurde. Diese Aussage stellte nach Ansicht der Richter eine Beleidigung für Homosexuelle dar. Der religiöse Kontext in der Broschüre habe die beleidigende Wirkung verstärkt. Auch Pohjola wird laut der finnischen Politikerin nun die Reisegenehmigung verweigert.

Urteil führt zu Reiseeinschränkungen

Bereits nach der Verurteilung hatte sich Räsänen enttäuscht darüber gezeigt, dass das Gericht ihr Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung [nicht anerkannt](#) habe. Nun führe das Urteil auch noch zu Einschränkungen und Schwierigkeiten in Bezug auf Reisen und die Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen, führt die 66-Jährige gegenüber IDEA aus. So habe sie der Sprecher des nordirischen Parlaments in Stormont, Edwin Poots, dazu eingeladen, am 17. August bei der Veranstaltung „Faith, Freedom and the Future“ (Glaube, Freiheit und die Zukunft) zu sprechen. Zudem soll sie im gleichen Zeitraum als Rednerin bei der 90. „Worldwide Missionary Convention“ in der walisischen Stadt Bangor auftreten. Die Veranstaltung ist eine der traditionsreichsten christlichen Veranstaltungen im Land. Bereits Anfang Juli habe sie auf der Rückreise von einer Konferenz in Kalifornien auf einen geplanten Zwischenstopp in London aufgrund der fehlenden ETA verzichten müssen, so Räsänen weiter. Um Probleme zu vermeiden, sei sie stattdessen über Dallas nach Hause geflogen. Neben den persönlichen Unannehmlichkeiten, zeigt sich die finnische Politikerin beunruhigt über das Signal, das mit der Verweigerung der Einreise gesendet wird: „Meine größte Sorge ist, dass diese Entscheidung bei vielen Menschen Ungewissheit, Verwirrung und Angst hinterlässt – sowohl hinsichtlich der Konsequenzen, die die friedliche Ausübung ihrer Meinungs- und Glaubensfreiheit nach sich ziehen könnte, als auch im Hinblick darauf, wo die Grenze zwischen zulässiger und unzulässiger Äußerung verläuft.“

Langjährige Verbindungen nach Großbritannien

Päivi Räsänen ist seit 1995 Abgeordnete des finnischen Parlaments und war von 2011 bis 2015 Innenministerin. Sie gehört nach eigenen Angaben derzeit unter anderem dem Auswärtigen Ausschuss und der finnisch-britischen Freundschaftsgruppe an und hat Großbritannien mehrfach in ihren politischen Funktionen besucht. Die Politikerin hat sich nach eigenen Angaben an das britische Innenministerium gewandt und die Innenministerin Shabana Mahmood schriftlich um Klärung gebeten. Eine Antwort stehe bislang aus. „Ich vertraue darauf, dass auch dies in Gottes Händen liegt, und bete, dass er diese Situation nach Seinem guten Willen und Seinen Absichten lenkt und leitet“, betonte die praktizierende Christin. Auf IDEA-Anfrage wollte die Presseabteilung des Innenministeriums keine Stellung zu dem Vorfall nehmen, verwies jedoch auf die Möglichkeit, statt einer ETA ein klassisches Visum zu beantragen. Räsänen entgegnete darauf, dass dies die gleiche Problematik wie bei der ETA mit sich bringe.

Israel: Terrorist in Kofferraum entdeckt

Fahrzeugkontrolle an der Straßensperre

Von Israelnetz/15. Juli 2026/ Bei einer routinemäßigen Fahrzeugkontrolle haben israelische Grenzpolizisten am Kontrollpunkt As-Sa'im zwei Palästinenser ohne Aufenthaltsgenehmigung im Kofferraum entdeckt. Bei der anschließenden Überprüfung stellte sich heraus, dass einer der beiden ein gesuchter Terrorist war, der im Begriff war, einen Anschlag zu planen. Bei einem weiteren Vorfall in der Nähe versuchten zwei Palästinenser mit gefälschten israelischen Personalausweisen, ins Land zu kommen. Sie wurden mit dem Fahrer des Autos, einem israelischen Araber, vorläufig festgenommen. (mh)

Kamerun: Schulbildung unter schwierigen Bedingungen

Der folgende Bericht stammt von einem Pastor in Kamerun, doch ähnliche Geschichten gibt es in den meisten afrikanischen Ländern.

„Es ist eine sehr hektische Woche in ganz Kamerun, da die Schulen ein neues Schuljahr beginnen. Es ist traurig zu sehen, wie Eltern sich abmühen, ihre Kinder auf das neue Schuljahr vorzubereiten, aber kaum Geld für Schulgebühren, Uniformen, Bücher und Schreibmaterialien haben. Früher hatten wir in unserer Gemeinde ein Programm, bei dem Freiwillige Waisenkinder und Kinder von Witwen unterstützten, die sich nicht einmal den Besuch der Grundschule leisten können, aber dann bricht eine Krise aus, alles kommt zum Stillstand und die Kinder brechen die Schule ab. Es ist bedauerlich, Kinder im Alter von gerade einmal zehn Jahren zu sehen, die nicht einmal ihren Namen schreiben können. Möge Gott Gnade walten lassen.“

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version) WORLDNEWS 330 Bridgeway Publications 15 Juni 2026

Myanmar: Ein Dialog kann den Krieg beenden

Bischof von Mindat: "Ein Dialog auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit kann den Krieg beenden"

Mindat (Agenzia Fides) – „Im Namen Gottes rufen wir zur Versöhnung auf. Wir bitten um ein Ende dieses Krieges, der so viel Leid verursacht. Wenn ein Dialog auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit gelingt, wird ein Hoffnungsschimmer aufgehen“. Es ist ein Aufruf zum Frieden, mehr noch als eine Schilderung des Konflikts, den Bischof Augustine Thang Zawm Hung, der erste Bischof der neuen Diözese Mindat, im Gespräch Fides aus dem Herzen des Chin-Staates, einer vom Bürgerkrieg verwüsteten Region im Nordwesten Myanmars, an die Kriegsparteien richtet.

„Im aktuellen Konflikt beharren die Parteien weiterhin auf ihren Positionen, weshalb eine Lösung schwer vorstellbar ist. Doch unsere Hoffnung schöpft aus dem Glauben: Gott will Frieden, und seine Pläne gehen über die der Menschen hinaus“, so der Bischof. „Indem wir uns an Gott wenden und beten, hoffen wir auf eine Bekehrung der Herzen, auf eine ‚Metanoia‘, eine Veränderung der Denkweise. Nur so können Gottes Liebe und Barmherzigkeit die Herzen der Menschen erleuchten und den Weg zum Frieden ebnen.“

Das Bistum Mindat wurde im Januar 2025 von Papst Franziskus auf einem Teilgebiet der Diözese Hakha errichtet. Wie der Bischof erklärt, erfolgte diese Entscheidung sowohl aus pastoralen Gründen als auch aufgrund der komplexen geografischen und politischen Lage der Region: „Das Bistum wurde gegründet, weil viele Katholiken in Mindat leben“, sagt er. „Das Gebiet ist weitläufig und unwegsam und schwer zugänglich. Nach der Pandemie und durch den anhaltenden Konflikt konnte der Bischof von Hakha diesen Teil des Chin-Staates nicht mehr regelmäßig besuchen. Darüber hinaus besitzt Mindat eine große historische Bedeutung: Hier trafen 1919 die ersten Missionare der Pariser Missionen (MEP) ein, die mit der Evangelisierung der Region begannen.“

Der Chin-Staat im Westen Myanmars, an der Grenze zu Indien und Bangladesch, hat etwa eine halbe Million Einwohner und ist einer der wenigen burmesischen Staaten, in denen das Christentum neben einer buddhistischen Minderheit die Mehrheitsreligion ist. Die Chin-Bevölkerung setzt sich aus zahlreichen ethnischen und sprachlichen Gruppen zusammen. „Wir sind alle Chin, gehören aber verschiedenen Stämmen an und sprechen oft unterschiedliche Sprachen“, erklärt der Bischof. „Unter den Chin-Gruppen in den Diözesen Hakha, Kalay und Mindat sind manchmal Dolmetscher nötig, um sich zu verständigen. Chin leben auch im Rakhine-Staat, in der Sagaing-Region und sogar in Bangladesch“, bemerkt er. Die Mehrheit der christlichen Chin gehört protestantischen Kirchen an, insbesondere Baptisten und Pfingstkirchen; Katholiken bilden eine bedeutende Minderheit, die sich hauptsächlich in den Diözesen Hakha und Mindat konzentriert. Die neue Diözese Mindat umfasst über zwanzig Pfarreien und eine katholische Gemeinde mit etwa 15.000 Mitgliedern, die vorwiegend in Bergdörfern leben.

Nach dem Militärputsch im Februar 2021 gehörte der Chin-Staat zu den ersten Gebieten des Landes, die bewaffneten Widerstand gegen die Militärjunta organisierten. Heute werden große Teile des Territoriums von den „Chin Defence Forces“ (CDF) kontrolliert, lokalen Selbstverteidigungsgruppen, die mit der Nationalen Einheitsregierung (National Unity Government, NUG) verbündet sind. Laut den Vereinten Nationen sind über 70 % der Bevölkerung des Chin-Staates vertrieben oder auf humanitäre Hilfe angewiesen; Tausende haben jenseits der Grenze im indischen Bundesstaat Mizoram Zuflucht gesucht.

Mindat ist eines der wichtigsten strategischen Zentren der Region. „Ende 2024 hatten die lokalen Verteidigungskräfte die Stadt unter ihre Kontrolle gebracht und die Armee zum Rückzug gezwungen“, sagt Bischof Hung. „Doch seit Anfang Mai hat das Militär eine neue Offensive gestartet, um die Stadt zurückzuerobern. Die Kämpfe wurden mit großer Intensität wieder aufgenommen. Die Armee war sehr gut vorbereitet, und die Gefechte dauern bis heute an.“

Der Krieg hat auch das Leben der Kirche grundlegend verändert. „Wir mussten das Pastoralzentrum bereits im Juli 2024 verlassen“, erinnert er sich. „Heute ist fast die gesamte katholische Gemeinde in die Dörfer gezogen. Auch ich wohne in einer Pfarrei. Wir können nicht länger in der Stadt bleiben.“

Bombenangriffe finden vorwiegend in den größeren Städten statt, während viele Dörfer weiterhin relativ sichere Zufluchtsorte bieten. „Die Pfarreien befinden sich fast alle in den Dörfern, und dort können wir weiterhin die Eucharistie feiern und die Sakramente spenden“, erklärt der Bischof. „Viele Priester sind bei den Gläubigen geblieben. Einige wohlhabendere Familien sind nach Yangon, Mandalay oder in andere, sicherere Diözesen geflohen, vor allem um sicherzustellen, dass ihre Kinder die Schule fortsetzen können. Die Ärmsten hingegen sind in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt, wo Verwandte und Freunde leben und sie einfach nur ums Überleben kämpfen.“

Um diese verstreuten Gemeinden zu erreichen, reist der Bischof weite Strecken durch die Berge. „Ich fahre mit dem Motorrad, um die Dörfer zu besuchen, die Sakramente zu spenden und den Menschen nahe zu sein“, erklärt er. „Die Straßen sind sehr holprig, und manchmal müssen wir sogar vor Luftangriffen auf der Hut sein, wenn wir die sogenannten ‚befreiten Gebiete‘ durchqueren, also Gebiete, die von den Chin-Verteidigungskräften kontrolliert werden. Aber auch diese Gebiete sind nun wieder von Kämpfen betroffen.“

Für den Bischof ist die Präsenz der Kirche bereits ein konkretes Zeugnis: „Wir können und wollen nicht kämpfen“, sagt er. „Was wir tun können, ist präsent zu sein, die Gemeinden zu besuchen, zu den Menschen in den kleinen Dörfern zu gehen und sie im Glauben zu ermutigen. Unsere Nähe ist bereits eine Botschaft der Liebe und Solidarität.“

Sein bischöflicher Dienst äußert sich vor allem in der geistlichen Begleitung von Vertriebenen: „Ich sage den Menschen, denen ich begegne, immer wieder: Pflügt den Frieden, habt Glauben, sorgt in dieser schwierigen Lage füreinander“. „Als Bischof hat mir Jesus die Aufgabe des Hirten anvertraut. ‚Weide meine Schafe‘, sagt der Herr zu mir. Das ist meine Verantwortung: für die mir anvertrauten Menschen zu sorgen“, bekräftigt er.

Frieden, so betont er, „kann nicht von Menschen allein geschaffen werden.“ „Jesus sagte: ‚Friede sei mit euch.‘ Nur Gott kann wahren Frieden schenken. Dafür müssen wir beten und ihm näherkommen. Ich lade die Pfarreien oft ein, die Anbetung des Allerheiligsten Sakraments zu organisieren, denn aus dem Gebet erwächst die Kraft, in dieser Zeit der Bedrängnis standzuhalten und voranzuschreiten.“

Der Bischof erinnert sich auch gern an seine Begegnung mit Papst Leo XIV. während des „Ad-limina“-Besuchs: „Wir haben große Ermutigung und sein Gebet für Myanmar erfahren. Das war sehr wichtig für uns.“

Schließlich appelliert er an die internationale Gemeinschaft: „Es gibt Kriege in vielen Teilen der Welt, aber oft konzentrieren sich die Medien und die öffentliche Meinung nur auf die großen Länder. Ich bitte Sie: Vergessen Sie Myanmar nicht. Und ich sage allen Gläubigen weltweit: Vergessen Sie nicht die Menschen im Chin-Staat. Beten Sie für uns.“

(Fides 16/7/2026) Von Paolo Affatato

Nicaragua: Behörden nehmen betagten Bischof fest

ICC-Nachrichten und Berichte - Ein betagter Bischof, der einen Herzschrittmacher trägt und den Krebs überwunden hat, wurde am 29. und 30. Juni in Estelí, Nicaragua, kurzzeitig willkürlich festgehalten.

Bischof Juan Abelardo Mata Guevara ist emeritierter Bischof der Diözese Estelí. Der Bischof trat 2020 in den Ruhestand und war in letzter Zeit nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Dennoch nahm Mata Guevara eine Einladung an, am Abend des 28. Juni in der Kirche „La Cruz del Calvario“ eine Messe zu feiern. Während des Gottesdienstes ging er in seinen Gebeten auf die religiöse Verfolgung in Nicaragua ein und erwähnte dabei aktuelle Fälle prominenter religiöser Führer, die ins Exil gezwungen wurden oder unter Hausarrest stehen.

Es wird vermutet, dass diese Äußerungen von Spionen in den Kirchen gemeldet wurden, die Predigten und Gebete aufzeichneten und sie der Nationalpolizei meldeten.

Mata Guevara wurde laut einem Bericht der in Großbritannien ansässigen Organisation „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW) am Nachmittag des 29. Juni erstmals von der Nationalpolizei festgenommen. Er wurde von Estelí in das Hochsicherheitsgefängnis El Chipote in Managua überführt.

Die Behörden ließen ihn am selben Abend um 18:45 Uhr frei, nahmen ihn jedoch am nächsten Morgen erneut fest und hielten ihn bis 16:00 Uhr fest.

Laut dem „National Catholic Reporter“ räumte das Innenministerium des Landes zwar ein, dass Mata festgenommen worden war, erklärte jedoch in einer Stellungnahme vom 4. Juli, er sei „in sein Zuhause zurückgekehrt, wo er sich in bester Verfassung befindet“. In der Erklärung des Ministeriums wurde vage behauptet, Bischof Matas Rede habe gegen nationales Recht verstoßen.

Seit seiner Freilassung ist die Nationalpolizei vor dem Haus von Mata Guevara präsent. Es bestehen Befürchtungen, dass er einer 24-Stunden-Überwachung und Bewegungsbeschränkungen unterworfen wird, wie es die Behörden bereits in anderen Fällen getan haben.

CSW hat allein im letzten Monat 12 Fälle willkürlicher Festnahmen von protestantischen und römisch-katholischen Kirchenführern in Nicaragua dokumentiert.

Nicaragua belegt Platz 32 auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors, einer Liste der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Dem Bericht zufolge gelten Christen im Land als „destabilisierende Kräfte“ und werden unter der diktatorischen Herrschaft der Ko-Präsidenten Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo zunehmend zum Schweigen gebracht.

Die Repression hat Priester dazu gezwungen, ihre Predigten selbst zu zensieren, und viele Geistliche sind aus dem Land geflohen.

Martha Patricia Molina, eine im Exil lebende Anwältin, die die Unterdrückung der Kirche in Nicaragua verfolgt, hat mehr als 300 Kirchenführer im Exil gezählt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Nigeria: Fulani-Extremisten töten 25 Christen

Armee ignoriert Frühwarnung

ICC-Nachrichten & Berichte - Mindestens 25 Christen, darunter ein zwei Monate altes Baby, wurden am Wochenende bei verschiedenen Angriffen in der Region „Middle Belt“ in Nigeria getötet.

Der erste Angriff ereignete sich am Samstagabend, dem 11. Juli, in den Gemeinden Kum und Wereng-Comp im Ryom County im Bundesstaat Plateau. Anwohner berichteten International Christian Concern (ICC), dass die Fulani gegen 23:30 Uhr in die Gemeinde eindrangen.

„Wir erhielten über soziale Medien eine Sicherheitswarnung, dass die Fulani uns am Sonntag angreifen würden“, sagte ein Anwohner, der anonym bleiben wollte. „Wir sind in Alarmbereitschaft, aber nicht vorbereitet, da wir keine Waffen haben.“ Der Mann sagte, neun Menschen seien am Sonntag getötet und in einem Massengrab beigesetzt worden.

Die neun Getöteten gehörten derselben christlichen Familie an, fügte er hinzu.

„Warum sollte der Terrorist ein Kleinkind töten?“, fragte der Mann. „Das geschah, um alle Christen auszulöschen.“

Unter den Getöteten befand sich auch der Dorfvorsteher. Der Anwohner berichtete, die Fulani hätten geplant, ihren Anführer zu töten, das Land als Weideland zu besetzen und in der Region ein islamisches Kalifat zu errichten.

„Unser Dorfvorsteher ist schwer verletzt; die Fulani wollen ihn töten, nur weil er bei Versammlungen die Wahrheit sagt. Er hat betont, dass er nicht will, dass die Fulani auf unseren Feldern weiden und unsere Ernte zerstören.“

Der nationale Pressesprecher der Berom Youth Molders Association bestätigte den Angriff in einer Pressemitteilung. Er sagte, der Angriff habe sich in der Nähe eines Kontrollpostens der nigerianischen Armee ereignet und dass die Armee trotz des Eintreffens zahlreicher Fulani nicht reagierte.

Einige Stunden später griffen bewaffnete Angreifer die Gemeinde Nobi im Verwaltungsbezirk Otukpo im Bundesstaat Benue an. Anwohner berichteten, der Überfall habe am Sonntag, dem 12. Juli, zwischen 3:30 Uhr und 4:30 Uhr morgens begonnen, als Bewaffnete das Feuer eröffneten und einige Gebäude in Brand setzten.

Comfort Inalegwu, eine Anwohnerin, die sich nach dem Angriff den Demonstrationen anschloss, sagte, mindestens 16 Menschen seien getötet worden. Sie berichtete, ihre Schwester und zwei Kinder ihrer Schwester seien in ihrem Haus erschossen und später in die Leichenhalle des Allgemeinen Krankenhauses in Otukpo gebracht worden. Mehrere Menschen wurden verletzt, während Familien weiterhin nach Bewohnern suchten, deren Verbleib unbekannt war.

Die Angaben zur Zahl der Opfer aus Nobi gingen auseinander. Die Polizei von Benue meldete acht Tote und fünf Verletzte, während Amnesty International Nigeria angab, dass mindestens 10 Menschen getötet worden seien. Lokale Zeugen gingen weiterhin von 16 Opfern aus. Die Polizei teilte mit, dass zusätzliche Beamte eingesetzt worden seien und dass Ermittlungen aufgenommen worden seien.

Frauen und Jugendliche blockierten Abschnitte der Autobahnen Makurdi–Otukpo und Enugu–Otukpo sowie Straßen in der Nähe des Palasts der Och’Idoma. Die Demonstranten forderten besseren Schutz sowie die Festnahme und strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen. Einige Frauen erklärten, sie würden weiter protestieren und könnten Wahlaktivitäten boykottieren, sollten die Angriffe anhalten.

Der Gouverneur von Benue, Hyacinth Alia, verurteilte die Morde in einer Erklärung, die über seinen Pressesprecher Tersoo Kula veröffentlicht wurde. Er wies die Sicherheitsbehörden an, die Überwachung in gefährdeten Gemeinden zu verstärken, sich mit benachbarten Bundesstaaten abzustimmen und die Verantwortlichen für den Angriff zu verfolgen.

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung hatte noch keine Gruppe öffentlich die Verantwortung für einen der beiden Angriffe übernommen. Anwohner und Vertreter der Gemeinden führten die Übergriffe auf mutmaßliche bewaffnete Fulani-Militante zurück, doch die Behörden hatten die Identität, das Motiv oder die organisatorische Zugehörigkeit der Angreifer noch nicht öffentlich festgestellt.

Benue und Plateau liegen im „Middle Belt“ Nigerias, wo überwiegend christliche Bauerngemeinden wiederholt Überfällen, Vertreibungen, der Zerstörung ihrer Häuser und dem Verlust von Ackerland ausgesetzt waren. Die Gewalt in der Region wird mit mehreren sich überschneidenden Faktoren in Verbindung gebracht, darunter Landstreitigkeiten, kriminelle Aktivitäten, ethnische Spannungen, religiöse Feindseligkeiten und die Bewegungen bewaffneter Gruppen.

Im Juni 2025 wurden bei einem Angriff auf die Gemeinde Yelwata in Benue etwa 150 Menschen getötet. Die nigerianische Staatsanwaltschaft erhob später Anklage wegen terroristischer Handlungen gegen neun Männer, denen die Planung und Unterstützung dieses Angriffs vorgeworfen wurde.

Die von den jüngsten Angriffen betroffenen Familien fordern Sicherheit, medizinische Versorgung für die Überlebenden, Hilfe bei der Suche nach vermissten Angehörigen sowie Unterstützung für die vertriebenen Bewohner. Gemeindevorsteher fordern zudem die Bundes- und Landesbehörden auf, die Ergebnisse der Ermittlungen zu veröffentlichen, eine dauerhafte Sicherheitspräsenz in gefährdeten Dörfern aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass Verdächtige vor Gericht gestellt werden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Nigeria: Fulani-Milizen verantwortlich für Großteil der Todesfälle

ICC-Nachrichten & Berichte - Laut einer sechsjährigen Studie des Observatoriums für Religionsfreiheit in Afrika (ORFA) sind islamistische Fulani-Milizen mit Abstand die tödlichsten Verfolger von Christen in Nigeria. Das Netzwerk dieser Milizen ist für viermal so viele zivile Todesopfer verantwortlich wie die beiden bekannten islamistischen Terrororganisationen Boko Haram und die Islamische Staats-Provinz Westafrika (ISWAP) zusammen.

Die Ergebnisse der Studie stellen die weit verbreitete Annahme in Frage, dass die beiden organisierten Terrorgruppen die größere Zahl von Christen töten, und verdeutlichen die verstärkten Bemühungen des Fulani-Netzwerks, Christen ins Visier zu nehmen.

„Gewalt im Zusammenhang mit Fulani-Milizen ist die vorherrschende Ursache für die Todesopfer in Nigeria. Die westliche Fixierung auf Boko Haram ist bestenfalls irreführend“, erklärte Frans Vierhout, leitender Forschungsanalyst bei ORFA, gegenüber TruthNigeria.

Der Bericht zeigt, dass durch terrorbezogene Gewalt von 2019 bis September 2025 79.323 Menschen ums Leben kamen. Das entspricht 36 Menschen pro Tag. Mehr als 42.000 der Getöteten waren Zivilisten.

Auf islamische Fulani entfielen 44 % der Todesfälle – weit mehr als die 12 %, die Boko Haram und ISWAP zusammen zu verantworten hatten. Zwar werden bei diesen Angriffen oft auch nominelle Muslime ins Visier genommen und getötet, doch ergab die Studie, dass Christen 4,4-mal häufiger getötet wurden als Muslime. Die Studie untersuchte auch die Entführung von Christen in Nigeria.

Judd Saul, Gründer und Präsident von „Equipping the Persecuted“, einer Organisation, die sich auf die Hilfe für verfolgte Christen in Nigeria konzentriert, lobte den Bericht kürzlich in einer E-Mail an seine Unterstützer und erklärte, dieser bestätige, was ihre Mitarbeiter seit Jahren beobachten. Seine Organisation hatte kürzlich eine Terrorwarnung herausgegeben, nachdem mindestens 150 Christen in der gesamten Region des sogenannten „Middle Belt“ massakriert worden waren.

„Zwar hat Präsident Trump den Terrorismus in Nigeria zu Recht verurteilt und Militäroperationen gegen mit dem IS verbundene Terroristen unterstützt, doch haben diese Maßnahmen nicht das Problem angegangen, das unserer Ansicht nach derzeit die größte Bedrohung für christliche Gemeinschaften im gesamten Middle Belt Nigerias darstellt“, sagte Saul. „Bis heute hat die Trump-Regierung keine direkten Maßnahmen ergriffen, um die islamistische Fulani-Miliz zu stoppen, jene Gruppe, die für die überwiegende Mehrheit der Angriffe auf christliche Gemeinschaften in den Bundesstaaten Benue, Plateau und Kaduna verantwortlich ist.“

Der in Nigeria ansässige Reporter von International Christian Concern (ICC) dokumentiert seit Jahren die Angriffe extremistischer Fulani. Im November 2025 zitierte ICC in einem Artikel frühere Untersuchungen von ORFA zum Fulani-Extremismus und forderte die USA auf, die Fulani-Milizen als besondere Bedrohung (Entity of Particular Concern, EPC) einzustufen, nachdem Nigeria bereits als Land von besonderer Besorgnis (Country of Particular Concern, CPC) eingestuft worden war.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Oberägypten: Muslime greifen Kirche in einem Dorf an

Sie warfen Steine und riefen Hassparolen – Zwei Christen verletzt

Kairo/Waldsolms (IDEA) – In Oberägypten haben Muslime in einem Dorf eine koptische Kirche angegriffen. Dabei wurden zwei Christen verletzt. Das berichtet die unabhängige Ägyptische Initiative für Persönlichkeitsrechte (EIPR). Der Vorfall ereignete sich am 8. Juli in dem Dorf El-Tal El-Qibliya. Laut EIPR riefen Dutzende muslimische Einwohner – hauptsächlich Frauen und Kinder – hasserfüllte Parolen und bewarfen das als Kirche genutzte Gebäude mit Steinen. Dabei wurden ein Mann und eine Frau verletzt. Außerdem demolierten die Angreifer den Wagen des örtlichen Geistlichen. Die herbeigerufene Polizei konnte die Lage beruhigen. Sie nahm vier Kopten und eine unbekannte Zahl von Muslimen fest. EIPR zufolge kamen die Christen frei, nachdem sie ihre Anzeige gegen die Angreifer zurückgezogen hatten. Die Menschenrechtsinitiative forderte die Behörden auf, die Kirche im Dorf anzuerkennen und Gewalttäter zu verfolgen. Der zuständige koptische Bischof Makarius (Diözese von Minya und Abu Qurqas) bestätigte den Vorfall. Er sagte dazu in einem YouTube-Video: „Als Christen können wir die Erniedrigung und Ungerechtigkeit ertragen, aber nicht akzeptieren.“ Der Menschenrechtsexperte Martin Lessenthin (Waldsolms/Mittelhessen) erklärte auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA: „Ägypten ist kein Rechtsstaat. Polizei und Justiz diskriminieren religiöse Minderheiten.“ Christen, die von Islamisten auf Kirchengelände angegriffen werden, könnten sich nicht auf den vollen Schutz des Staates verlassen. Die Täter würden systematisch durch von der Polizei initiierte sogenannte „Versöhnungen“ vor Gerichtsurteilen geschützt. Diese Methode werde von der Polizei auch bei Auseinandersetzungen über Zwangsislamisierungen und Entführungen von christlichen Mädchen angewandt. Deutschland und die EU-Partner ignorierten die Verletzungen von Religionsfreiheit und Menschenrechten weitgehend und sähen in Ägypten „ausschließlich einen geostrategisch wichtigen Partner“. In dem muslimisch dominierten Land sind rund zehn Prozent der etwa 120 Millionen Einwohner koptische Christen.

Pakistan: Behörden - Die meisten Blasphemiefälle sind „erfunden“

Laut Medienberichten berichteten pakistanische Beamte letzte Woche vor einem parlamentarischen Ausschuss, dass die Mehrheit der 333 Blasphemiefälle, die in den vergangenen fünf Jahren in vier Provinzen registriert wurden, erfunden waren. Zu den erfundenen Fällen gehörten auch solche, an denen Christen und andere religiöse Minderheiten beteiligt waren, wie Provinz-Innenminister und hochrangige Polizeibeamte am Mittwoch (8. Juli) vor dem Fachausschuss für Menschenrechte des Senats erklärten.

Bei einer Sitzung unter dem Vorsitz von Senatorin Samina Mumtaz Zehri in der Bundeshauptstadt Islamabad zeigten dem Ausschuss vorgelegte offizielle Daten, dass die Provinz Punjab mit 116 registrierten Fällen im Fünfjahreszeitraum die höchste Zahl an Fällen gemäß Abschnitt 295-C des Blasphemiegesetzes verzeichnete, das die Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed unter Strafe stellt. Den Daten zufolge waren 56 Prozent der Beschuldigten Muslime, während 14 Prozent religiösen Minderheiten angehörten.

Die Provinz Sindh meldete 96 Fälle nach § 295-B, der sich auf die Schändung des Korans bezieht, sowie 29 Fälle nach § 295-C. Die Polizei von Sindh teilte dem Ausschuss mit, dass von den 29 zwischen 2023 und Juni registrierten Fällen nach § 295-C in 22 Fällen Anklageschriften eingereicht worden seien, zwei weiterhin untersucht würden, drei Fälle unidentifizierte Verdächtige betrafen und die übrigen Erstanzeigen (FIRs) aufgrund rechtlicher oder verfahrensrechtlicher Mängel aufgehoben worden seien.

Von den 96 Fällen der Koranentweihung legten die Staatsanwälte in Sindh in 69 Fällen Anklageschriften vor; sechs befanden sich weiterhin in Ermittlung, vier wurden eingestellt und 17 Erstanzeigen (FIRs) wurden gegen unbekannte Verdächtige registriert. Die Provinz Khyber Pakhtunkhwa meldete in diesem Zeitraum mehr als 90 Blasphemiefälle, während die Provinz Belutschistan mit 28 Fällen die geringste Zahl verzeichnete.

Provinzbeamte räumten vor dem Ausschuss ein, dass persönliche Rachefeldzüge, Familienstreitigkeiten und andere private Konflikte häufig der Grund für Blasphemievorwürfe seien. In vielen Fällen, so sagten sie, konnten die Ermittlungen keine Beweise zur Stützung der Anschuldigungen aufdecken, was zur Einstellung der Verfahren führte.

Als Beispiel beschrieb Zeeshan Afridi, Leiter der Staatsanwaltschaft von Khyber Pakhtunkhwa, einen Fall, in dem Kinder nach einem häuslichen Streit eine Blasphemieanzeige gegen ihren Vater erstattet hatten. Laut Afridi behauptete der Sohn, sein Vater habe während eines Streits zu Hause religiöses Material entweicht, woraufhin die Polizei den Fall registrierte.

Beamte aus Punjab informierten den Ausschuss zudem über ein neues Standardverfahren, das darauf abzielt, Massengewalt bei Vorfällen im Zusammenhang mit Blasphemie zu verhindern. Nach der überarbeiteten Richtlinie nimmt die Polizei bei Eingang einer Anzeige sofort eine „FIR“ (First Information Report) auf, anstatt zunächst eine informelle Schlichtung zu versuchen – was nach Angaben der Beamten zuvor dazu geführt hatte, dass Spannungen zu tödlichen Angriffen durch den Mob eskalierten. Sie teilten dem Ausschuss mit, dass der neue Ansatz zu einem Rückgang der Selbstjustizgewalttaten beigetragen habe.

Während der Sitzung fragte Senator Ata-ul-Haq Darvish von der Jamiat Ulema-e-Islam (JUI), ob islamische Gelehrte an den Voruntersuchungen zu Blasphemievorwürfen beteiligt seien. Nachdem die Beamten verneinten, schlug er vor, ihre Beteiligung verbindlich vorzuschreiben, um die Stichhaltigkeit der Anschuldigungen zu beurteilen, bevor die Ermittlungen fortgesetzt werden.

Zum Abschluss der Sitzung kündigte Zehri an, dass die nächste Sitzung des Ausschusses zu diesem Thema unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden werde. „Wir wollen jeden registrierten Fall überprüfen, um sicherzustellen, dass es keine falschen oder erfundenen Anschuldigungen gibt und dass eine ordnungsgemäße Prüfung stattfindet“, soll sie gesagt haben.

Zehri fügte hinzu, dass Polizei, Ermittler, Staatsanwälte und Gerichte bei der Rechtspflege miteinander verflochtene Rollen spielen, und betonte die Notwendigkeit, bestehende Verfahren angesichts wachsender Bedenken hinsichtlich des Missbrauchs der Gesetze zu überprüfen.

„Wir haben gesehen, wie Menschen Blasphemievorwürfe als Waffe einsetzen, um andere wegen persönlicher Streitigkeiten ins Visier zu nehmen, und das ist tragisch“, sagte Zehri. „Die Gesetze sind nicht perfekt, weshalb wir Empfehlungen von allen Beteiligten eingeholt haben, damit bei Bedarf Änderungen vorgenommen werden können. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, der nächsten Generation eine sicherere und freiere Gesellschaft zu hinterlassen.“

Pakistans Blasphemiegesetze stehen seit langem in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexperten, die argumentieren, dass sie häufig missbraucht werden, um persönliche Rechnungen zu begleichen, Eigentum zu beschlagnahmen und religiöse Minderheiten ins Visier zu nehmen. Obwohl noch niemand vom Staat aufgrund der Blasphemiegesetze des Landes hingerichtet wurde, haben solche Vorwürfe wiederholt zu Gewalt durch den Mob, außergerichtlichen Tötungen und langwieriger Untersuchungshaft geführt.

Die jüngsten Freisprüche zweier christlicher Männer durch Gerichte haben die seit langem bestehenden Bedenken hinsichtlich des Missbrauchs dieser Gesetze verstärkt.

Am 6. Juli sprach ein Gericht in Lahore den 37-jährigen Dennis Albert frei, der mehr als zwei Jahre im Gefängnis verbracht hatte, nachdem er beschuldigt worden war, Seiten des Korans entweiht zu haben. Sein Anwalt, Asad Jamal, erklärte, das Gericht habe schwerwiegende Mängel bei den polizeilichen Ermittlungen festgestellt und wesentliche Unstimmigkeiten in den Beweisen der Staatsanwaltschaft entdeckt.

Am 22. Juni sprach ein anderes Gericht in Lahore den 49-jährigen blinden Katholiken Nadeem Masih frei, nachdem er zehn Monate im Gefängnis verbracht hatte – wegen einer Blasphemieanklage, auf die zwingend die Todesstrafe steht. Das Gericht entschied, dass die Staatsanwaltschaft keine ausreichenden Beweise vorgelegt habe, um den Vorwurf zu untermauern.

Am 1. Juli starb der 61-jährige Amir Peter, der an fortgeschrittener Demenz litt, in Haft, nachdem er fast ein Jahr lang wegen einer falschen Blasphemie-Anklage in Untersuchungshaft verbracht hatte. Nach Angaben der ihn vertretenden Interessenvertretung starb Peter an den Folgen unzureichender medizinischer Versorgung, nur wenige Tage bevor ein Gericht medizinische Beweise zur Unterstützung seines Antrags auf Freilassung gegen Kautionsanhören sollte.

Internationale Menschenrechtsorganisationen stufen Pakistan weiterhin als eines der weltweit schwierigsten Länder für Christen ein. In ihrer „World Watch List 2026“ stuft „Open Doors“ Pakistan auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind, und führte dabei systemische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldnechtschaft und geschlechtsspezifische Gewalt an. Die Organisation erklärte zudem, dass eine schwache Strafverfolgung und weit verbreitete Straflosigkeit es den Tätern antichristlicher Angriffe ermöglicht hätten, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

<https://morningstarnews.org/2026/07/majority-of-blasphemy-cases-in-pakistan-fabricated-officials-say/>

Pakistan: Drei Jahre nach Pogrom – Kranfahrer verurteilt

Er war im August 2023 an der Zerstörung von Kirchen in Jaranwala beteiligt

Faisalabad (IDEA) – Fast drei Jahre nach dem Pogrom gegen Christen in der pakistanischen Stadt Jaranwala (Provinz Punjab) hat ein Antiterrorgericht in Faisalabad einen muslimischen Kranfahrer verurteilt. Irfan Yousaf muss für seine Beteiligung an den Übergriffen für zehn Jahre in Haft. Zum Hintergrund: Am [16. August 2023](#) hatten radikale Muslime rund 26 Kirchengebäude und bis zu 90 Häuser von Christen zerstört. Vorausgegangen war ein Vorwurf der Blasphemie gegen zwei Christen, die später [freigesprochen](#) wurden. Hunderte Christen flohen damals aus der Stadt. Beobachter werteten die Ausschreitungen als eines der schwersten Pogrome gegen Christen in der Geschichte Pakistans. Das Gericht befand Yousaf am 13. Juli der Schändung und Brandstiftung für schuldig. Nach Angaben der Nachrichtenagentur UCA News hatte der 34-Jährige während der Ausschreitungen mit seinem Kran drei Kirchen, darunter eine der Heilsarmee, an unterschiedlichen Stellen Jaranwalas zerstört. Zwölf weitere Angeklagte sprach der Richter hingegen aus Mangel an Beweisen frei. Gleichzeitig wies er die Strafverfolgungsbehörden jedoch an, 100 bis 150 bislang nicht identifizierte Verdächtige aufzuspüren und zu verhaften. Zudem rügte er die beteiligten Sicherheitsbehörden. Sie hätten es versäumt, während der Ausschreitungen Verstärkung anzufordern, und hätten Beweismittel nicht ordnungsgemäß behandelt. Noch im [August 2025](#) hatten Kirchenvertreter beklagt, dass die Täter bisher nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

Videobeweise und eingeschüchterte Zeugen

Wie der katholische Nachrichtensender EWTN berichtet, reagierten die Anwesenden bei einem Treffen des Nationalen Rates der Kirchen in Pakistan (NCCP) und des christlichen „Forums zur Umsetzung von Minderheitenrechten“ (IMRF) mit Applaus auf die Bekanntgabe des Urteils. Der IMRF-Vorsitzende Samuel Pyara berichtete, die Verurteilung sei erst durch die Videoaufnahme einer Christin ermöglicht worden. Dort sei Yousaf beim Abriss einer Kirche sowie eines angrenzenden Wohnhauses zu sehen. Staatlich bestellte Sachverständige hätten die Aufnahmen als authentisch bestätigt. Pyara wies zudem darauf hin, dass christliche Zeugen während des Prozesses von ihrem muslimischen Umfeld massiv eingeschüchtert worden seien. Die Menschenrechtsanwältin Sharon Shamir (Lahore) warnte gegenüber EWTN, die Verurteilung als umfassende Gerechtigkeit zu betrachten: „Ein Einzelurteil angesichts einer Tragödie von der Größenordnung Jaranwalas kratzt kaum an der Oberfläche.“ Gerechtigkeit „ist keine Schlagzeile und kein einzelner Moment, sondern ein Prozess“. Solange dieser Prozess nicht abgeschlossen sei, sei es irreführend, von vollzogener Gerechtigkeit zu sprechen. Auf dem Weltverfolgungsindex 2026 des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors steht Pakistan an achter Stelle unter den 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Von den rund 250 Millionen Einwohnern sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Pakistan: Freisprüche in Christenmordprozeß

Pakistans Oberster Gerichtshof hob letzte Woche die Todesurteile gegen die verbleibenden drei Männer auf, die wegen des Lynchmords an einem christlichen Ehepaar im Jahr 2014 verurteilt worden waren, das lebendig verbrannt wurde, nachdem es fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt worden war.

Der christliche Anwalt Basharat Masih, der am Donnerstag (9. Juli) an der Anhörung am Hauptsitz des Obersten Gerichtshofs in Islamabad teilnahm, sagte, ein dreiköpfiges Richterergremium unter Vorsitz von Richter Malik Shahzad Ahmad Khan habe die drei Männer freigesprochen, nachdem es zu dem Schluss gekommen war, dass die Staatsanwaltschaft ihren Fall aufgrund von Unstimmigkeiten in den Zeugenaussagen und Schwächen in der Beweisführung nicht zweifelsfrei beweisen konnte. Weitere Mitglieder des Senats waren Richter Jamal Khan Mandokhail und Richter Aqeel Ahmed Abbasi.

Das Gericht wies zudem die Berufung der Regierung der Provinz Punjab gegen den früheren Freispruch von 102 weiteren Angeklagten durch das Obergericht von Lahore zurück. Das Oberste Gericht habe sein ausführliches Urteil noch nicht verkündet, sagte Masih.

Am 4. November 2014 wurden Shahzad Masih und seine schwangere Frau Shama Bibi, Eltern von drei kleinen Kindern, von einem muslimischen Mob brutal zusammengeschlagen, bevor sie in Kot Radha Kishan im Bezirk Kasur der Provinz Punjab in eine Ziegelei geworfen und bei lebendigem Leib verbrannt wurden, nachdem ihnen vorgeworfen worden war, Seiten des Korans entweiht zu haben.

Die Polizei leitete zunächst Ermittlungen gegen 660 namentlich genannte und unbekannte Verdächtige ein. Im November 2016 verurteilte ein Anti-Terror-Gericht fünf Männer zum Tode und acht weitere zu zwei Jahren Haft. Im Berufungsverfahren sprach das Oberste Gericht von Lahore zwei der fünf zum Tode Verurteilten frei, bestätigte jedoch die Todesurteile gegen Muhammad Irfan, Mehdi Khan und Muhammad Riaz Kumbh.

Masih sagte, die Richter des Obersten Gerichtshofs hätten das Verfahren mit einem Ausdruck des Mitgefühls gegenüber den Familien der Opfer eröffnet.

„Die Richter sagten den Erben der Opfer, dass sie die Tragödie zutiefst bedauerten und mit ihnen solidarisch seien, betonten jedoch, dass das Gericht verpflichtet sei, den Fall streng nach den rechtlichen Gesichtspunkten zu entscheiden“, sagte er.

Die Richter stellten mehrere gravierende Mängel in der Beweisführung der Staatsanwaltschaft fest, so Masih.

„Das Gericht stellte fest, dass Polizeiprotokolle, Zeugenaussagen und die Aussagen der Angehörigen der Opfer erhebliche Unstimmigkeiten enthielten“, erklärte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Zwar hatten die Hinterbliebenen die drei Angeklagten identifiziert, doch hatten sie die mutmaßliche Rolle jedes Angeklagten bei dem Angriff nicht klar beschrieben.“

Masih sagte, der Name von Muhammad Irfan sei im Erstbericht (FIR) nicht aufgetaucht und erst später in der Aussage eines Polizeibeamten zur Sprache gekommen. Während des Gerichtsverfahrens bestritten die Angehörigen der Opfer, Irfan im FIR genannt zu haben.

„Die Staatsanwaltschaft behauptete, Irfan sei die Person gewesen, die Shahzad und Shama in den Brennofen gestoßen habe“, sagte Masih. „Sein Name fehlte jedoch nicht nur im FIR, sondern auch in den ergänzenden Aussagen, die von den Erben der Opfer zu Protokoll gegeben wurden, was eine erhebliche Schwachstelle in der Argumentation der Staatsanwaltschaft darstellte.“

Er sagte, ähnliche Widersprüche seien in Bezug auf Riaz Kumbh aufgetreten, dem die Staatsanwaltschaft vorwarf, den Mob durch aufwieglerische Reden angestachelt und gemeinsam mit Mehdi Khan an dem Angriff auf das Paar teilgenommen zu haben.

„Das Gericht stellte auch hinsichtlich dieser Vorwürfe Unstimmigkeiten zwischen dem Polizeibericht und den Aussagen der Erben der Opfer fest“, sagte Masih.

Das Gericht hob zudem Widersprüche im Zusammenhang mit dem Ziegelofenbesitzer Yousaf Gujjar hervor. Obwohl die Familie der Opfer ihn in der Erstanzeige namentlich genannt hatte, räumten sie später im Kreuzverhör ein, dass er zum Zeitpunkt des Angriffs nicht anwesend war.

„Diese Eingeständnisse im Kreuzverhör haben die Argumentation der Staatsanwaltschaft erheblich untergraben“, sagte Masih.

Ein Rechtsvertreter der Generalstaatsanwaltschaft argumentierte, die Tatsache, dass das Ehepaar bei lebendigem Leib verbrannt worden sei, sei unbestritten, und forderte das Gericht auf, die Verurteilungen trotz widersprüchlicher Zeugenaussagen aufrechtzuerhalten, da es sich bei dem Fall um terroristische Straftaten handele, so Masih.

„Das Gericht entgegnete mit der Frage, wie Verurteilungen aufrechterhalten werden könnten, wenn keine verlässlichen und konkreten Beweise vorlägen, die die Angeklagten mit der Straftat in Verbindung brächten“, sagte Masih.

Masih bezeichnete die Freisprüche zwar als schmerzhaft für die Familie der Opfer sowie für die christliche Gemeinschaft Pakistans, sagte jedoch, das Ergebnis spiegele Mängel in der Bearbeitung des Falles durch die Staatsanwaltschaft wider.

„Es ist herzerreißend zu sehen, wie die verbleibenden Angeklagten freigesprochen werden“, sagte er. „Gleichzeitig ist es der Staatsanwaltschaft nicht gelungen, einen rechtlich tragfähigen Fall vorzubringen, und diese Mängel kamen letztendlich den Angeklagten zugute.“

Der erfahrene christliche Strafverteidiger Lazar Allah Rakha sagte, das Urteil unterstreiche die seit langem bestehenden Schwächen im pakistanischen Strafrechtssystem.

„Dieses Urteil sollte Anlass zu ernsthaften Überlegungen darüber geben, wie die Strafverfolgung geführt wurde“, erklärte Rakha gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „In einem Fall, in dem es um ein derart schwerwiegendes Verbrechen geht, waren eine sorgfältige Vorbereitung des Verfahrens, eine effektive Befragung und ein Kreuzverhör der Zeugen sowie eine umfassende Rechtsstrategie unerlässlich. Mängel in diesen Bereichen haben die Anklage unweigerlich geschwächt und zu den Freisprüchen beigetragen.“

In einer gemeinsamen Erklärung vom 14. Juli sagten Bischof Samson Shukardin, Präsident der Pakistanischen Katholischen Bischofskonferenz und Vorsitzender der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (NCJP), sowie Bernard Emmanuel, der nationale Direktor der NCJP, das Urteil spiegele ein wiederkehrendes Muster der Straflosigkeit in Fällen wider, in denen es um Gewalt gegen religiöse Minderheiten gehe.

Die Kirchenführer führten mehrere frühere Vorfälle an, in denen Verdächtige letztendlich freigesprochen wurden, darunter die Anschläge von Gojra im Jahr 2009, bei denen mindestens 10 Christen getötet wurden, und den Anschlag in der Joseph Colony in Lahore im Jahr 2013, bei dem alle 115 Angeklagten mangels Beweisen freigesprochen wurden. Sie verwiesen zudem auf die Lynchmord-Tat an Nazir Masih Gill im Juni 2024 in Sargodha, die auf Blasphemievorwürfe folgte, und stellten fest, dass viele der ursprünglich Festgenommenen später freigelassen wurden, nachdem sie für unschuldig erklärt worden waren.

Die NCJP forderte die Regierung nachdrücklich auf, den Schutz religiöser Minderheiten zu verstärken, und verlangte, dass Polizeibeamte zur Rechenschaft gezogen werden, die für mangelhafte Ermittlungen und Strafverfolgungen in Fällen von Mobgewalt und Angriffen auf Minderheitengemeinschaften verantwortlich sind.

Pakistans Blasphemiegesetze stehen seit langem in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexperten, die argumentieren, dass sie häufig missbraucht werden, um persönliche Streitigkeiten beizulegen, Eigentum zu beschlagnahmen und religiöse Minderheiten ins Visier zu nehmen. Obwohl noch niemand vom Staat aufgrund der Blasphemiegesetze des Landes hingerichtet wurde, haben Anschuldigungen wiederholt zu Mobgewalt, außergerichtlichen Tötungen und langwieriger Untersuchungshaft für die Beschuldigten geführt.

Internationale Menschenrechtsorganisationen äußern weiterhin Bedenken hinsichtlich der Behandlung religiöser Minderheiten in Pakistan. In seiner „World Watch List 2026“ stufte Open Doors Pakistan auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

<https://morningstarnews.org/2026/07/court-acquits-men-convicted-of-killing-christian-couple-in-pakistan/>

Türkei: Türkischer Pastor wird Bischof der „Communio Messianica“

Ali Kalkandelen folgt als Leiter auf Yassir Eric, der das Amt Ende 2024 abgab

Istanbul (IDEA) – Der frühere Vorsitzende der Vereinigung Protestantischer Kirchen in der Türkei (Evangelische Allianz), Pastor Ali Kalkandelen (Istanbul), wird Bischof der „Communio Messianica“ (CM). Das gab deren Leitungsrat in einer Erklärung bekannt. Die CM vereint in einer kirchlichen Bewegung zum Christentum konvertierte ehemalige Muslime. Kalkandelen folgt auf Yassir Eric (Korntal-Münchingen), der die Bewegung seit 2020 leitete und im März 2024 zu ihrem ersten Bischof geweiht worden war. Ende 2024 gab er die Leitung ab. Eric ist jetzt Bischof von EKKIOS, einer Bewegung, die Christen mit muslimischem Hintergrund beim Aufbau kirchlicher Strukturen unterstützt. Wie es in der Erklärung weiter heißt, werden die Erzbischöfe Thomas Schirmacher (Bonn) und William Mikler (Orlando/US-Bundesstaat Florida) von der „Communio Christiana“ – sie arbeitet eng mit der „Communio Messianica“ zusammen – die CM dabei unterstützen, die Bischofsweihe zu gewährleisten. Sie soll noch in diesem Jahr stattfinden, wie Schirmacher auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte. Danach sei geplant, vier weitere Bischöfe der CM in der islamischen Welt einzusetzen. Laut Schirmacher gehören zu der Bewegung über eine Million Konvertiten. Kalkandelen sei ein engagierter Pastor, Mentor und Gemeindegründer mit jahrzehntelanger Erfahrung in geistlicher Leitung und Begleitung. Er wurde 1969 in der Türkei geboren, studierte Psychologie an der Universität Istanbul und erwarb seinen Master-Abschluss in Seelsorge am Denver Seminary (Littleton/US-Bundesstaat Colorado). Kalkandelen ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Ukraine: Die Situation in Kiew verschärft sich zunehmend

Von **LICHT IM OSTEN Ukraine** in Kiew hat uns die Nachricht erreicht: Vor wenigen Tagen wurde bei einem Beschuss durch russische Raketen auch das LICHT IM OSTEN-Gebäude getroffen – zum ersten Mal seit Kriegsbeginn. Dabei hat unser Herr zugleich Bewahrung geschenkt. Es war nur ein vergleichbar kleines Raketenteil, das im Dach eingeschlagen ist und das Dach durchdrungen hat. Es schlug an einer Stelle ein, die nicht mit Photovoltaik-Panelen gedeckt war, so dass diese Anlage nicht zu Schaden kam. Als andere Leute in Kiew von dem Einschlag erfuhren, sagten sie: „Seid froh, dass das Dach oder gar das Gebäude nicht in Flammen aufgegangen ist, denn solche Raketenteile sind glühend heiß!“ Außerdem fielen etliche Raketenteile in den Hof des Missionsgebäudes, aber keine Person und keines der dort stehenden Fahrzeuge wurde getroffen.

> Danken Sie mit uns für die große Bewahrung, die unser Herr für das Missionsgebäude geschenkt hat: dass es die ganzen bisherigen viereinhalb Jahre zu keinem Einschlag gekommen war und dass jetzt bei diesem Einschlag der Schaden so erstaunlich gering ausgefallen ist. Die Situation in Kiew verschärft sich zunehmend, denn die Munition für Abwehrraketen ist sozusagen erschöpft, so dass die Stadt nun schutzlos dem Beschuss durch russische Raketen ausgesetzt ist. **Lassen wir nicht nach dafür zu beten,**

> dass der Herr weiterhin seine bewahrende Hand über dem Gebäude hält – auch bei der nun noch bedrohlicher gewordenen Lage –, damit Menschen

weiterhin dorthin kommen können, um konkrete Nothilfe zu erhalten und die Botschaft des Evangeliums zu hören,

> und damit weiterhin von dort aus die Trost- und Hoffnungsbotschaft des Evangeliums ins ganze Land hinausgetragen werden kann durch verschiedene Einsatzfahrten, durch dort herausgegebene Literatur und durch manches andere.

> dass die Mitarbeiter in Kiew nicht verzagen, täglich mit neuer Kraft ausgerüstet werden und von unserem Herrn Ermutigung erfahren, auch dadurch, dass sie miterleben dürfen, wie Menschen durch ihren Dienst unmittelbar großen Segen erfahren.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]